TÜL/DIE LINKE.

Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 7 Oktober 2022 www.tuebinger-linke.de

Warme Wohnungen statt sozialer Kälte

Soziale Proteste im „Heißen Herbst": Strom, Heizung, Lebensmittel und Mobilität müssen für alle bezahlbar sein

Im Februar verkündete Kanzler Scholz die Zeitenwende. Außenministerin Baerbock eröffnete eine bisher beispiellose Sanktionspolitik mit der Russland ruiniert werden sollte und für die wir auch bereit seien, einen hohen Preis zu zahlen. Der ist jetzt überall zu spüren, in Form von Lieferengpässen, Energiemangel, rasant steigenden Preisen und Geldnöten bei immer mehr Menschen.

In Milliardenhöhe lasten die Folgen des Krieges und des Wirtschaftskrieges auf unserm Land. Es drohen Insolvenzen vieler Betriebe im Handwerk und Mittelstand, dauerhafte Inflation, steigende Krankenkassenbeiträge und Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Regierung und Medien erteilen uns nun Ratschläge zum Leben in der Krise. Wir sollen weniger oder kalt duschen, uns mit dem Waschlappen waschen und uns daran gewöhnen in kalten Räumen zu frieren. Immer mehr Menschen, bei denen schon vorm Monatsende kein Geld mehr auf dem Konto ist, rutschen in die Armut. Wir sollen uns daran gewöhnen ständig steigende Rüstungsausgaben hinzunehmen und Kriegshetze zu unterstützen.

Dies alles sollen wir möglichst klaglos hinnehmen und nicht protestieren. Soziale Proteste werden diffamiert. Wer Kritik äußert, „delegitimiert" den Staat oder unterstützt Putin. Wir dürfen uns davon nicht einschüchtern und nicht spalten lassen. Gegen die unsoziale Politik braucht es jetzt viele Proteste von links. Wir dürfen die Menschen mit ihren Nöten nicht rechten Rattenfängern überlassen. Deshalb gehen immer mehr Menschen gegen soziale Kälte, gegen die Abwälzung der Krisenlasten nach unten, gegen Aufrüstung und die Profite der Rüstungskonzerne und weitere militärische Eskalation auf die Straße. Denn wir brauchen nicht 100 Milliarden für weitere Aufrüstung, sondern sozial gerechte Entlastung Abfederung der Preisexplosion, Investitionen in das Gesundheitswesen und Bildung. Wir brauchen 100 Milliarden für wirksamen Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien statt neuer Investitionen in fossile Energieträger und Atomkraft.

Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin der Tübinger Linken

Menschen entlasten. Preise deckeln. Übergewinne besteuern.

Die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas gehen durch die Decke. Aber: Viele Konzerne machen mit Krieg und Krise extra Gewinne. Der Club der Superreichen wird größer: Manche gewinnen immer, wenn die Regeln nicht geändert werden.
Wir sagen: Es reicht! Strom, Heizen, Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein.
Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Entlastung von den Preissteigerungen sozial gerecht ist und Ungleichheit zurückdrängt.
www.preise-deckeln.de

Impressum
Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. **Adresse:** Tübinger Linke c/o Bernhard Strasdeit, Frischlinstr. 7, 72074 Tübingen **Email:** info@die-linke-tuebingen.de **V.i.S.d.P:** Gerlinde Strasdeit

Preis für Schüler:innentickets senken

Wir finden es gut, dass ein landesweites Jugendticket eingeführt wird. Was wir nicht gut finden ist, dass Schüler:innen bzw. deren Eltern weiterhin 22 Euro pro Monat zahlen sollen. Schüler:innenbeförderung ist eine öffentliche Aufgabe, die wie in anderen Ländern auch öffentlich finanziert sein sollte. Der richtige Preis für Schüler:innentickets müsste also unseres Erachtens bei NULL Euro liegen.

Bereits bei der Diskussion um die Einführung des städtischen 365€-Tickets für Erwachsene ging es auch darum, dass eigentlich in diesem Zuge auch die Preise für Schüler:innentickets gesenkt werden müssten.

Was die Verwaltung jetzt vorschlägt ist: für Erwachsene senken wir den Preis für das Jahresticket von 495€ um 25% auf 365€. Für Schüler:innen bzw. eigentlich ja in der Regel deren Eltern senken wir die Ticketpreise NICHT, weil wir ihren Zuschuss pro Ticket um 2,30 Euro senken?

Für Erwachsene nehmen wir viel Geld in die Hand um die Ticketpreise zu senken, warum bei jungen Menschen 40.000€ einsparen?

Die Einführung des landesweiten Jugendtickets ist die Chance, die Schüler:innentickets um 2,30 Euro zu senken ohne auch nur einen Cent pro Ticket zusätzlich drauf legen zu müssen. Die Klimakrise ist gerade akut sichtbar und es darf für den ÖPNV nur eine Richtung geben: Vorwärts zu attraktiven Verbindungen und Richtung Ticketfreiheit. Der Schritt nach vorne, den die Landesregierung mit dem Jugendticket geht, darf nicht durch einen Rückschritt durch Zuschusskürzung der Stadt wieder aufgehoben werden. Ein landesweit gültiges Ticket für junge Leute, das unter 20 Euro im Monat kostet, wäre möglich. Eine Entlastung für Familien, ein Beitrag zur Teilhabe und ein Beitrag zur klimagerechten Mobilität. Wir können es tun, indem wir einfach darauf verzichten, den städtischen Zuschuss zu kürzen!

Frederico Elwing, Stadtrat

Die Fahrpreise senken

Isabelle Groschke, Linke-Fraktion im Kreistag

Die Fahrpreise im regionalen Verkehrsverbund Naldo werden bereits im Herbst durchschnittlich um 6,3 Prozent in die Höhe schießen. Würden die Kommunen und der Landkreis nicht zusätzlich kräftig subventionieren, müssten die Erhöhungen doppelt so hoch ausfallen. Die Lufthansa wird aus dem grünen Wirtschaftsministerium mit Milliarden ausgestattet und auch wenn der Gaskonzern Uniper mittlerweile verstaatlicht werden soll, war hier der erste Impuls genau der Gleiche und wirft damit leider auch die Fragen auf, was bei Uniper verstaatlicht wird, der Konzern oder dessen Schulden? Das Ganze nennt sich dann „systemgerecht", damit die Börsengewinne weiter sprudeln. Dagegen lassen Land und Bund die Unternehmen und Fahrgäste des öffentlichen Nahverkehrs in der Energiekrise im Stich. Das nennt sich dann Verkehrswende. Wer wirklich will, dass die Leute vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen, muss in der jetzigen Krise ganz anders handeln: das Neun-Euro Ticket fortsetzen, die Fahrpreise senken und zumindest die Schülerfahrten endlich freistellen. Erfolgreiches Vorbild ist Luxemburg, dort ist der Öffentliche Nahverkehr ganz frei. Bei uns soll der nächste Kreishaushalt ein Sparhaushalt werden. Darauf wurden wir in der letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause schon mal eingestimmt.

Wir Linken werden eine Abkehr von sozialen Standards nicht mittragen. Solange Rheinmetall mit Rüstungsgütern vier Milliarden Euro Extraprofite macht und die Mehrgewinne der Stromkonzerne RWE und Eon rund fünf Milliarden betragen, klingt jeder Frier- und Spar-Appell von MP Kretschmann an Schulen, Kitas und Familien mit Kindern wie blanker Zynismus. Warum werden diese kriegs- und krisenbedingten Übergewinne nicht abgeschöpft wie in anderen EU-Ländern? Der scheidende italienische Ministerpräsident schlägt genau das vor. Echte

Die Absurdität des freien Marktes – Curevac verklagt Biontech

Das Tübinger Biotech-Unternehmen Curevac hat Klage wegen Patentrechtsverletzungen gegen den Mainzer Impfstoffhersteller Biontech eingereicht. Dessen Erfolg bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Covid-19 basiere „auf jahrzehntelanger wissenschaftlicher Forschung und Innovation" und damit auch Erfindungen, die auf Curevac zurückgingen und auf die das Unternehmen Patente angemeldet habe.

„Natürlich ist die rasche Entwicklung von mRNA-Impfstoffen auf jahrzehntelange Forschung zurückzuführen", so Gerlinde Strasdeit von der Linken Fraktion im Tübinger Gemeinderat. „Allerdings durch Forschung, die überwiegend oder erheblich durch öffentliche Gelder oder an öffentlichen Hochschulen stattgefunden hat."

„Dies verweist auch auf generelle Problematiken des Patenrechtes und der Forschungspraxis in Deutschland," pflichtet auch die Linke Gemeinderätin Gitta Rosenkranz bei. „Denn natürlich ist es sinnvoll, wenn Verbesserungen der Gesundheitsversorgung auch durch private Unternehmen staatlich gefördert werden. Problema-

staatspolitische Verantwortung wäre es, die sozialen Folgen der Energiekrise und der Inflation für die Ärmsten und für die Mitte der Gesellschaft abzufedern. Statt mit einem Entlastungspaket bis 2023 zu warten, fordern wir sofort einen wirksamen Schutz für kommunale Versorgungsbetriebe und einen staatlichen Gaspreisdeckel. Statt Habecks „Gasumlage" braucht es für jeden Haushalt ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und Gas. Erst über dem Basisverbrauch hinaus sollte der Energiepreis teurer werden dürfen. Strom- und Gassperren sind gesetzlich zu verbieten. Die gesamten Sozialleistungen und das Wohngeld müssen der aktuellen Situation angepasst werden, damit eine weitere Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich vermieden wird.

Gemeinwohlorientierung statt Goldgräberstimmung bei der Förderung von Biotechnologie!

In der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Neckar-Alb am 27. Juli stimmten Beate Ehrmann, von den Reutlinger Kreistagsabgeordneten der LINKEN in die Regionalversammlung entsandt und Bernhard Strasdeit, Kreistagsabgeordneter für DIE LINKE in Tübingen, gegen die Erhöhung der institutionellen Förderung an BioRegio STERN Management GmbH.
So begründeten sie ihre Entscheidung:
Diese Förderung an BioRegioStern - und darüber hinaus die gesamte industriepolitische Förderung von Bund und Land in diesem Bereich - ist nicht gebunden an Kriterien der Gemeinwohlorientierung. Die in der Vorlage benannten 230 Firmen der Biotechnologoie und Medizintechnik, die in den letzten Jahren mit mehr als 550 Millionen Euro nicht rückzahlbaren Fördergeldern allein vom Bund ausgestattet wurden, haben Riesengewinne eingefahren. Nirgends steht, ob sich die geförderten Unternehmen an Tarifverträge halten müssen. Nirgends steht, ob sie sich an sozialen und ökologischen Standards orientieren müssen. Und nirgends steht, ob die Forschungsergebnisse, die mit staatlicher Hilfe zustande kommen, dann auch zwingend der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

In der Vorlage ist von 76 Unternehmensgründungen mit Hilfe von BioRegioStern die Rede. Das sind oft Startups, die sich mit hohen Gewinnerwartungen aus Bereichen der staatlichen Hochschulforschung heraus gründen und bis zu 100 % von staatlichen Fördergeldern leben. Da sollte man den Akteuren schon genauer auf die Finger schauen dürfen, wem die Forschungsergebnisse und die Produkte tatsächlich am Ende nützen.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Wir Linke halten moderne Medizintechnik und Biotechnologie für lebensnotwendig und befürworten gezielte staatliche Förderungen in diesem Bereich. Aber allein die derzeitige Schlammschlacht um mRNA-Impfstoffe zwischen CureVac und BioNTech (siehe auch Kasten unten), die derzeit vor Gerichten in Deutschland und USA ausgetragen wird, lassen die Alarmglocken schlagen. Beide Firmen sind ausgestattet mit staatlichen Fördergeldern. Jetzt streiten sie sich um die Aufteilung des Reibachs.

BioRegio STERN ließ über die Anlagen dabei selbst an die Regionalversammlungsteilnehmer:innen mitteilen, es gehe ihnen um die Zukunft der „Gesundheitswirtschaft". Und es gehe darum, die „Life-Siences-Unternehmen" mit den Gesundheitsdienstleistern zu verknüpfen und „mit dem Markenkern Biotechnologie die Weltkonjunktur über die nächsten Jahrzehnte zu tragen". Diese Feststellung zeugt von Goldgräberstimmung und ist überzogen. Da bildet sich eine Riesenblase, die – wie das Handelsblatt schreibt, „jede Möglichkeit ausschöpft, um an frisches Geld zu kommen".

Wir plädieren stattdessen dafür, das gesamte Gesundheitswesen samt Forschung weiter als Teil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge zu erhalten und zu fördern, - alle Krankenhäuser in der Region mit ausreichend Personal auszustatten und die staatliche Förderung an Unternehmen der Biotechnologie und Medizintechnik mit klaren gemeinwohlorientierten Auflagen zu versehen, - zum Beispiel, was die Freigabe von Patentrechten angeht. Die Vergabe öffentlicher Gelder muss einen gesellschaftlichen Nutzen ergeben und nicht nur einen für Aktionäre.

Bernhard Strasdeit, Kreisrat der LINKEN

Beate Ehrmann und Bernhard Strasdeit

tisch ist es aber dann, wenn diese öffentlich geförderte Forschung durch Bestimmungen bspw. des Patenrechtes nicht auch der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Im Fall von Corona hätten die Patente der Impfstoffe unbedingt freigegeben werden müssen, nicht nur wegen der öffentlichen Förderung, sondern weil dies der verantwortungsvolle und effektive Umgang mit einer Pandemie gewesen wäre."

Gerlinde Strasdeit ergänzt: „Letztlich bestärken uns die Geschehnisse an unserer Kritik, dass ein so massiv öffentlich finanziertes Unternehmen wie Curevac gar nicht hätte an die Börse gehen dürfen, denn die jetzige Posse speist sich rein aus den daran folgenden Vorgaben, jede Möglichkeit auszuschöpfen, um an frisches Geld zu kommen, wie es das Handelsblatt schreibt, zur Bekämpfung von COVID-19 trägt es überhaupt nichts bei."

Gegen soziale Kälte

Nach Wochen des Protests in den Parlamenten, auf der Straße und in den Medien hat die Bundesregierung angekündigt, den Gaskonzern Uniper zu verstaatlichen, die Gasumlage zu stoppen und eine Gaspreisbremse einzuführen. Zum Redaktionsschluss liegen noch keine endgültigen Ergebnisse bei der Gaspreisbremse und der -umlage vor. Auch wenn uns noch sozialere und ökologischere Lösungen in diesen Bereich vorgeschwebt haben, als im Regierungsdiskurs sind, sowie eine Vergesselschaftung von Uniper, zeigen die Vorgänge doch ganz klar, LINKE Politik wirkt! Auch im Tübinger Gemeinderat haben wir uns selbstverständlich gegen die Gasumlage eingesetzt und dokumentieren hier die Mittwochsspalte unserer Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat, Gerlinde Strasdeit:

Gerlinde Strasdeit,
Linke-Fraktion im Gemeinderat

Die Gasumlage ist sozialer Sprengstoff und spaltet die Gesellschaft. Sie bewirkt eine weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Sozialverbände und Gewerkschaften warnen vor einem staatlichen Verarmungsprogramm, das Geringverdienende, kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Rentnerinnen und Rentner besonders hart trifft. Gleichzeitig bleiben die Spitzeneinkommen und Extragewinne großer Konzerne verschont.

Ich bin auch für sinnvolles Energiesparen. Aber die Kaltduscher-Appelle aus dem Tübinger Gemeinderat gehen mir auf den Keks. Nein, ich will nicht, dass Tübinger Schulen und Kitas, Pflegeheime, Krankenhäuser und Turnhallen im nächsten Coronawinter kalt gemacht werden. Und ich will auch nicht, dass die Rheumaliga die Tübinger Hallenbäder nicht mehr nutzen kann. Nur mit viel Mühe konnte ein Warmbadetag pro Woche gerettet werden.

Das 100-Milliarden-Extraprogramm der Ampelregierung für militärische Aufrüstung ist ein teurer Einschnitt; das Ersetzen der Diplomatie durch Waffenexporte ebenfalls. Landesverkehrsminister Winfried Hermann ist da leider ein einsamer Kritiker in seiner Partei. Die absehbaren Folgen von Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die uns hier im Land mehr schaden als Putins Oligarchen, kommen jetzt in den Kommunen an.

Es fehlen Lehr- und Erziehungskräfte, weil die Landesregierung immer noch zu wenig ausbildet und soziale Berufe zu schlecht bezahlt sind. Schämt euch, Grüne: Noch immer werden Lehrer von der Landesregierung zu Ferienbeginn und über den Sommer in die Arbeitslosigkeit entlassen. Das ist respektlos. In Tübingen habt ihr die Kürzung der Verfügungszeiten für Kita-Erzieherinnen aus dem Jahr 2011 noch immer nicht rückgängig gemacht. Kein Wunder, wenn Fachkräfte die Nase voll haben und sich wegorientieren. Kita-Eltern bekamen im Juli einen blauen Brief aus dem Rathaus, dass die Öffnungszeiten wieder mal gekürzt werden. Kinder und Eltern müssen die Misere jetzt ausbaden; der Gesamtelternbeirat hat frühzeitig gewarnt. Aber zu lange wurde gespart und zu spät wurde begonnen mit Personalbindung und Gewinnung neuer pädagogischer Kräfte.

Ja, es braucht einen heißen Herbst gegen soziale Kälte – und eine demokratische – das heißt eine nicht von Rassisten und AFD gekaperte – Protestbewegung, die an der Klimawende festhält und gleichzeitig in der Krise für eine gerechte Entlastung der unteren und mittleren Einkommen sorgt.